



Kommunen nicht im Regen stehen lassen
im Innenteil

Fraktionsreport ⁰³ 2010

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

SPD-Versagen im Regierungshandeln

KOMMENTAR VON



Heiko Hees

Ende Februar hat die SPD ihr „Regierungsprogramm für die Jahre 2011 bis 2016“ vorgestellt. Kostenloses Mittagessen für alle Kinder in den Krippen und Kitas will die SPD. Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung und einen besseren

Betreuungsschlüssel in den Kitas will die SPD. Überhaupt soll für die Kinder im Kinderland MV alles besser werden, sagt die SPD.

Aha. Ja, wer regiert denn eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern?

Mit ihren Plänen für die Zeit nach den Landtagswahlen 2011 dokumentiert die SPD ihr eigenes Versagen im aktuellen Regierungshandeln. Denn die SPD stellt den Ministerpräsidenten. Sie verantwortet das Sozial- und das Finanzministerium. Sie hätte längst im Sinne ihres proklamierten politischen Schwerpunktes, Mecklenburg-Vorpommern zu einem kinderfreundlichen Land zu machen, tätig wer-

den können. Offenbar sind die Sozialdemokraten in der Koalition mit der CDU gefesselt und zur Untätigkeit verdammt. Wir dürfen gespannt sein, wie die SPD als Regierungspartei mit der Volksinitiative umgehen wird, die sich für ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder in den Kitas einsetzt. Es ist zu befürchten, dass sie diese genauso sang- und klanglos beerdigt werden wird wie schon einmal eine Initiative mit diesem Anliegen.

Erstaunt nehmen wir auch ein Bekenntnis zum Ausbau der erneuerbaren Energie und zu einer verstärkten Innovationsförderung zur Kenntnis, auch zur Stärkung

der ländlichen Räume. Es war die gleiche SPD, die in den Haushaltsberatungen alle unsere Anträge, dringend die entsprechenden Weichen zu stellen, in Bausch und Bogen abgebügelt hat. Die SPD hat sich den Schneid abkaufen lassen und wird die kommenden eineinhalb Jahre in der Großen Koalition weiterwursteln. Glaubwürdig ist das nicht.

Was aber viel schlimmer ist: Es sind weitere verlorene Monate, Zeit, die genutzt werden müsste, etwas zur Lösung der drängendsten Probleme zu tun. Für die Zukunft des Landes, für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

Kurz notiert

Flimmern

Grundsätzlich gilt, dass Kunst frei ist, so auch der SAT-1-Zweiteiler „Die Grenze“. Kritik muss aber erlaubt sein, insbesondere wenn eine solche private Produktion mit hohen Fördermitteln aus der Landeskasse bedacht wird. Der Inhalt, der mit Klischees und Vorurteilen beladen ist, stößt ziemlich sauer auf, weil die Ähnlichkeiten der fiktiven linksextremistische Partei mit Namen und Symbolik an die tatsächliche Linke erinnert. Wir wollen wissen, unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Kriterien die Mittel aus der wirtschaftlichen Filmförderung ausgereicht werden.

Warten I

Es ist skandalös, dass die Landesregierung immer noch nicht sagen kann, wann endlich die Pflegestützpunkte im Land aufgebaut werden können. Seit Januar 2009 haben die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen einen gesetzlichen Anspruch auf wohnortnahe, individuelle und trägerunabhängige Beratung. Das Geld vom Bund ist da, aber die Große Koalition redet immer noch.

Warten II

Ein Landesvergabegesetz ist überfällig und droht wie so vieles wegen des Dauerstreits zwischen SPD und CDU auf der Strecke zu bleiben. Ein Vergabegesetz muss endlich regeln, dass öffentlich Aufträge nur an Betriebe vergeben werden, die tarifliche und soziale Standards einhalten. Die öffentliche Hand darf nicht länger Lohndumping Vor-schub leisten.

Werften müssen leben!

Industriepolitisches Konzept für maritime Standorte erforderlich



In so schwierigem Fahrwasser wie heute haben sich die Werften mit ihrer langen Tradition noch nicht befunden. Bis zur Insolvenz der Wadan-Werften haben in Wismar und Warnemünde 2400 Menschen gearbeitet. Derzeit sind es in Wismar nur noch 900 Werftarbeiter, und in Warnemünde bewegt sich mittlerweile gar nichts mehr. Der Auftrag für einen eisbrechenden Tanker von Norilsk Nickel birgt große Hoffnung, alles wird von der Finanzierung abhängen. Was zählt, das sind finanzierte Aufträge, was zählt, das ist die damit verbundene Beschäftigung auf den Werften. Was zählt, das sind die damit verbundenen Aufträge für die Zulieferbetriebe und Dienstleister im Land. Eine Verantwortung des Bundes für die Werftstandorte ist nicht wegzureden. Schließlich ist der Verkauf an den russischen Investor nur zustande gekommen, weil die Bundeskanzlerin und der russische Präsident dafür grünes Licht gegeben haben. An den Investor zu appellieren, seine Zusagen

einzuhalten und seine Akquisitionsanstrengungen zu verstärken, ist gut gemeint. Überhaupt nicht hilfreich sind Lobhudeleien an die eigene Adresse, wie es die Landesregierung tut. Was Mecklenburg-Vorpommern, was die Beschäftigten auf den Werften und in den jeweiligen Regionen brauchen, das sind verlässliche Lösungen zum Erhalt der maritimen Standorte. Wir brauchen kurzfristige Unterstützung für die Beschäftigten der Werften und in den Transfergesellschaften, aber auch für die Zulieferbetriebe, deren Wohl und Wehe ganz eng mit den maritimen Standorten verknüpft ist. Dazu gehört auch, dass eine Verlängerung der Transfergesellschaften vorbereitet werden muss. Gerade vor dem Hintergrund möglicher neuer Aufträge ist dies das Gebot der Stunde. Wir können und dürfen nicht einfach tatenlos zusehen, wie auf den hochmodernen Werften mit ihren enormen Potenzialen einfach das Licht ausgemacht wird.

Verantwortung, in der Bund, Land und der Eigner gemeinsam stehen, bedeutet auch, dass wir endlich ein industriepolitisches Konzept für die künftige Struktur der Standorte brauchen. Das Potenzial und das Know-how sind da! Wenn der Schiffbau langfristig künftig sehr viel weniger Menschen beschäftigen wird, und davon müssen wir ausgehen, dann muss es Alternativen geben. Alternativen in anderen maritimen Bereichen, im Maschinenbau, in der Offshore-Technik oder in der Umwelttechnik. Wir brauchen unsere technologisch modernen Werftstandorte mit den hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als wichtigen Baustein zukunftsfähiger Industriestandorte. Deshalb ist es sehr bedauerlich, dass die Koalitionsfraktionen unseren Antrag **Maritime Standorte in Mecklenburg-Vorpommern erhalten und strukturell weiterentwickeln** abgelehnt haben.

Helmut Holter

Kommunen unterstützen

Mit unserem Antrag **Kommunen nicht im Regen stehen lassen – konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen einleiten** wollten wir erreichen, dass die Kommunen an dem Haushaltsüberschuss des Landes, der für 2009 417,3 Mio Euro beträgt, beteiligt werden – in 2010 und 2011 mit 50 Mio. Das haben die Koalitionsfraktionen abgelehnt, obwohl die Finanzlage in den Kommunen äußerst

angespannt ist und sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen wird. Für eine Konsolidierung der kommunalen Haushalte haben sich die Rahmenbedingungen, insbesondere durch sinkende Zuweisungen des Landes, geringere Steuereinnahmen und steigende Ausgaben, deutlich verschlechtert. Hinzu kommen außerordentliche Belastungen der Kommunen, etwa aufgrund mas-

siver Winterschäden Immer mehr Kommunen sind nicht in der Lage, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Um die laufenden Defizite zu begrenzen, sind viele Kommunen gezwungen, Abgabenerhöhungen und zum Teil drastische Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben vorzunehmen. Die Kommunale Selbstverwaltung ist akut gefährdet.

Peter Ritter

EU-Agrarpolitik ab 2014

Mit unserem Antrag **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2014** haben wir die Landesregierung aufgefordert, den Landtag über ihre Position zur Ausgestaltung der GAP zu unterrichten. Er wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist untrennbar mit Entwicklung der ländlichen Räume verbunden. Bereits im April wird auf der Agrarministerkonferenz über gemeinsame Positionen zur Neuausrichtung der GAP beraten, wobei der gesamte Finanzrahmen sowie die Ver-

teilung der Mittel innerhalb der EU zur Diskussion stehen. Da dies großen Einfluss auf die Entwicklung der ländlichen Räume in M-V haben wird, braucht das Parlament möglichst zeitnah konkrete Informationen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die ostspezifischen Interessen untergebuttert werden. Die Landwirtschaft leidet nicht nur unter der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch unter stark schwankenden Märkten. Direktzahlungen an die Betriebe und andere Förderprogramme

sind überlebensnotwendig. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für die GAP und ihre große Bedeutung für eine multifunktionale Landwirtschaft zu erreichen, brauchen wir eine breit angelegte und offene Debatte. Es muss um eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume gehen, und zwar in der Einheit von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung. Eine stabile soziale Entwicklung, Arbeit und Beschäftigung, ist für eine gedeihliche Zukunft unerlässlich.

Prof. Dr. Fritz Tack

Solarwirtschaft voranbringen

Mit dem Argument, die Landesregierung sei bereits in der Sache tätig, hat der Landtag mehrheitlich unseren Antrag **Keine Strangulierung der Solarwirtschaft** abgelehnt. Die von der Bundesregierung beschlossene zusätzliche Reduzierung der Förderung von Solaranlagen sowie der Einspeisevergütung darf nicht akzeptiert werden. Im Gesetz ist bereits eine Degression der Einspeisevergütung vorgesehen, weitere drastische Reduzierungen

werden die Branche um Jahre zurückwerfen. Im Ergebnis wird in Deutschland die erforderliche Technologieentwicklung stagnieren. Ebenso wie die Produzenten von Solarmodulen werden sich die Betreiber von Solaranlagen vom deutschen Markt zurückziehen. Die Grundlagen für die einheimische Branche werden zerstört. Der angebliche Schutz der Verbraucher vor zu hohen Kosten des Solarstroms macht sich gut in der öffentlichen Diskussion. Bewusst

verschwiegen wird dabei, dass alle Kosten, die mit den Risiken, der Umweltverschmutzung und dem Klimawandel einhergehen, die Allgemeinheit zu tragen hat. Die Bundesregierung gefährdet damit nicht nur bestehende und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sie sabotiert darüber hinaus einen grundlegenden Wechsel im Energiesektor hin zu einer dezentralen Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung.

Wolfgang Griese

Es stellt sich vor ...



Eigentlich soll ja an dieser Stelle im neuen Fraktionsreport künftig eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter zu Wort kommen und die geneigten Leserinnen und Leser über aktuelle Positionen und Meinungen aus der Fraktion informieren. Aber ich finde, es ist an der Zeit, dass ich mich vorstelle. Mein Name ist Flash, ich bin drei Jahre alt und seit November vergangenen Jahres als Blindenführhund für die Abgeordnete Irene Müller zuständig. Das ist kein leichter Job, sondern eine verantwortungsvolle Aufgabe, die ich da übernommen habe. Schließlich muss ich Irene sicher durch den Alltag begleiten. So muss ich sie auf Hindernisse und drohende Gefahren aufmerksam machen, die auf ihrem Weg liegen. Das können Treppen und Türen sein oder auch Klippen im Straßenverkehr, die es zu umschiffen gilt. Irene und ich verstehen uns prima. Manchmal müssen wir lachen, denn eine Dame, bei der ich vorher beschäftigt war, hat mir „Bindungsunfähigkeit“ bescheinigt. Dabei fühle ich mich am wohlsten, wenn ich bei Irene sein kann. Wenn sie in ihrem Büro arbeitet oder an einer Ausschuss-Sitzung teilnimmt, dann mache ich es mir immer zu ihren Füßen gemütlich. Von wegen Bindungsunfähigkeit. Ich hoffe jedenfalls, dass Irene und ich noch eine ganz lange Zeit zusammen unseren Weg gemeinsam gehen werden.

Flash

Kopfpauschale stoppen

Unser Antrag **Kopfpauschale stoppen – für ein solidarisches Gesundheitswesen** wurde abgelehnt. Eine einkommensunabhängige Kopfpauschale in der Krankenversicherung wird Frauen und Männer mit geringen und mittleren Einkommen stärker belasten, während Versicherte mit hohem Einkommen entlastet werden. Das Kassendefizit von fast 40 Mrd. Euro werden die Versicherten tragen, sei es durch Steuererhöhungen oder durch teure private Zusatzversicherungen. Die Medizinische Versorgung wird mehr denn je eine Versorgung nach Kassenlage – der öffentlichen wie der individuellen. Eine Kopfpauschale muss deshalb verhindert und eine solidarisch-paritätische gesetzliche Krankenversicherung wiederhergestellt werden.

Dr. Marianne Linke

Raus aus Afghanistan

Unser Antrag **Bundeswehr aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen** wurde auch von der SPD abgelehnt – obwohl sie stets beteuert, dass sie dies auch fordert.

Peter Ritter

Impressum
Fraktionsreport
herausgegeben von der Fraktion
DIE LINKE im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V.i.S.d.P: Fraktion DIE LINKE
Layout: Lars Kulesch
12. März 2010

Schreckensbilanz Hartz IV

Unsere beiden Anträge, **5 Jahre Hartz IV – eine Bilanz für M-V und Grundgesetzwidrige Hartz-IV-Regelsätze müssen korrigiert werden**, wurden abgelehnt. Die Landesregierung sollte einen Bericht über die Auswirkungen der Umsetzung von Hartz IV auf die Hilfebedürftigen, die Kommunen und den

Arbeitsmarkt erarbeiten und Änderungsbedarfe darlegen. Änderungsbedarfe gibt es ohnehin. Das BVG hat klargestellt, dass die Regelleistung für Erwachsene und Kinder nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum erfüllen. Wir wollen von der Landesregierung wissen,

welchen Handlungsbedarf sie aus dem BVG-Urteil ableitet, welche Auffassung sie zur Position des Bundesfinanzministers vertritt, der eine Anhebung der Regelsätze ablehnt und welche Auffassung sie zur Gewährung von Sach- und Pauschalleistungen hat.

Irene Müller

Gleichstellung

Um Datenlücken zu schließen, haben sich die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf den Antrag **Verbesserung der geschlechtersensiblen Datenbasis zur gezielten Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern** verständigt.

Abgelehnt wurde unser Antrag **Entgeltgleichheit wirksam umsetzen**, mit dem wir verbindliche rechtliche Regelungen einför-

dernten, damit diese Diskriminierung endlich beendet wird. Die Abgeordneten der anderen Fraktionen haben gegen unseren Antrag gestimmt, obwohl sie wie am Internationalen Frauentag landauf, landab die Tatsache, dass Frauen für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer verdienen, als himmelschreiende Ungerechtigkeit anprangern. Das ist scheinheilig.

Peter Ritter

Gesetz erforderlich

Im April 2010 soll mittels eines Erlasses des Justizministeriums das Überwachungskonzept FoKuS („Für optimierte Kontrolle und Sicherheit“) eingeführt werden. Danach sollen eine Vielzahl von Informationen über entlassene Gefangene in einer Datei zusammengeführt werden. Ein derartiger Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung kann nicht über Erlass gere-

gelt werden, sondern bedarf einer gesetzlichen Regelung. Deswegen haben wir mit dem Antrag **Rechtsstaatsprinzip nachkommen – Straftäterdatei per Gesetz einführen** die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzesentwurf zur Einführung von FoKuS vorzulegen. Der Antrag wurde von SPD- und CDU-Fraktion abgelehnt.

Barbara Borchardt

Qualifiziert restaurieren

Wir meinen, dass das wertvolle Kulturgut des Landes auch unter EU-Bedingungen geschützt werden muss und haben deshalb einen Entwurf zur **Änderung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung „Restaurator“** eingebracht, der abgelehnt wurde, obwohl auch die anderen Fraktionen das Gesetz beibehalten wollen. Das Gesetz sagt, dass ausschließlich Restauratorinnen und Restauratoren mit Hochschul- oder vergleichbarer Ausbildung an unersetzbaren Originalen arbeiten dürfen. Diese in der Bundesrepublik einmalige Regelung muss erhalten bleiben. Deshalb müssen alle Personen, die sich aus anderen EU-Ländern in M-V um restauratorische Arbeiten bemühen, ebenfalls diesen hohen Qualifizierungsansprüchen genügen. Ein Restaurator für Kulturgut ist wie ein Arzt für kranke Menschen, hier wollen wir auch keine Quacksalber, sondern qualifiziertes Personal.

Torsten Koplin

Unterrichtung

Auf unseren Antrag wurde im Landtag zu zwei Unterrichtungen durch die Landesregierung debattiert: zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sowie zum „8. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates“.

www.linksfraktionmv.de

Der nächste Fraktionsreport erscheint am 12. Mai 2010